



Niederschrift

3. öffentliche/nichtöffentliche Sitzung des Ausschusses für Finanzen

Sitzungstermin:	Mittwoch, 20.11.2019
Sitzungsbeginn:	18:00 Uhr
Sitzungsende:	21:30 Uhr
Ort, Raum:	R. 280 a, Stadthaus

Anwesend sind:

Ausschussvorsitzender

Herr Dr. Hagen Wegewitz SPD

Ausschussmitglieder

Frau Dr. Sarah Zalfen	SPD
Frau Wiebke Bartelt	Bündnis 90/Die Grünen
Herr Jens Dörschel	Bündnis 90/Die Grünen
Herr Michél Berlin	DIE LINKE
Frau Dr. Anja Günther	DIE LINKE
Herr Günter Anger	CDU
Herr Daniel Zeller	DIE aNDERE
Herr Daniel Friese	AfD

sachkundige Einwohner

Herr Dr. Nicolas Bauer	DIE aNDERE
Herr Robert Sperfeld	
Frau Ariane Wargowske	CDU/ANW
Herr Helmar Wobeto	
Herr Horst Volker Zimmermann	

Beigeordnete

Herr Burkhard Exner Bürgermeister,
Geschäftsbereich 1

Nicht anwesend sind:

zusätzliches Mitglied

Herr Wolfhard Kirsch Bürgerbündnis entschuldigt

Vertreter des zusätzlichen Mitgliedes

Frau Dr.med. Carmen Klockow Bürgerbündnis entschuldigt

sachkundige Einwohner

Herr Klaus-Peter Kaminski DIE LINKE entschuldigt
Herr Christian Rindfleisch Bürgerbündnis entschuldigt
Frau Dr. Ursula Schäfer-Preuss entschuldigt

Schriftführer/in:

Frau Susanne Gromoll GB Finanzen, Investitionen und Controlling

Tagesordnung:

Öffentlicher Teil

- 1 Eröffnung der Sitzung

- 2 Feststellung der Anwesenheit sowie der ordnungsgemäßen Ladung /
Entscheidung über eventuelle Einwendungen gegen die Niederschrift des
öffentlichen und des nichtöffentlichen Teils der Sitzung vom 25.09.2019 /
Feststellung der öffentlichen Tagesordnung

- 3 Information zur Haushaltslage der Landeshauptstadt Potsdam

- 4 Überweisungen aus der Stadtverordnetenversammlung

- 4.1 Wettbewerb 'Kunst im Kreisverkehr'
Vorlage: 19/SVV/0809
Einreicher: Kathleen Krause, Ortsvorsteherin Golm
FA, KA

- 4.2 Potsdamer Kunst ans Licht
Vorlage: 19/SVV/1159
Einreicher: Fraktionen DIE LINKE, SPD

- 4.3 Strategischer Eckwertebeschluss für die Planung des Doppelhaushaltes
2020/2021 und die mittelfristige Finanzplanung 2022 bis 2024
Vorlage: 19/SVV/1174
Einreicher: Oberbürgermeister, Geschäftsstelle 103

- 4.4 Ausbau des ÖPNV im Haushalt absichern
Vorlage: 19/SVV/1078
Einreicher: Fraktion CDU

- 4.5 1. Änderungssatzung zur Straßenreinigungs- und Winterdienstsatzung der
Landeshauptstadt Potsdam
Vorlage: 19/SVV/1176

Niederschrift:

Öffentlicher Teil

zu 1 Eröffnung der Sitzung

Der Ausschussvorsitzende Herr Dr. Wegewitz begrüßt die Ausschussmitglieder, die Vertreterinnen und Vertreter der Verwaltung sowie die interessierten Bürgerinnen und Bürger zur 3. Öffentlichen Sitzung des Ausschusses für Finanzen.

**zu 2 Feststellung der Anwesenheit sowie der ordnungsgemäßen Ladung /
Entscheidung über eventuelle Einwendungen gegen die Niederschrift des
öffentlichen und des nichtöffentlichen Teils der Sitzung vom 25.09.2019 /
Feststellung der öffentlichen Tagesordnung**

Der Ausschussvorsitzende stellt die ordnungsgemäße Ladung sowie die Beschlussfähigkeit fest. Zu Beginn der Sitzung sind 9 von 9 Mitgliedern des Ausschusses für Finanzen anwesend.

Die Niederschrift der zweiten Ausschusssitzung wird besprochen. Es wird festgelegt, dass die Nennung einer Parteizugehörigkeit bei den Sachkundigen Einwohnern im Sinne der Gleichbehandlung in der Niederschrift der zweiten Sitzung sowie in allen zukünftigen Sitzungen unterbleiben wird. Die Niederschriften der öffentlichen sowie der nichtöffentlichen Sitzung vom 25.09.2019 werden, mit dem Hinweis zu den Sachkundigen Einwohnern, zur Abstimmung gestellt und mehrheitlich angenommen (Ja-Stimmen: 7, Nein-Stimmen: 0, Enthaltungen: 2).

Die Tagesordnung wird durch Herrn Dr. Wegewitz vorgestellt. Es gibt keine Redebeiträge zu Änderungswünschen zur Tagesordnung. Dementsprechend wird die Tagesordnung abgestimmt. Sie wird einstimmig angenommen.

Abstimmungsergebnis:

Zustimmung:	9
Ablehnung:	0
Stimmenthaltung:	0

zu 3 Information zur Haushaltslage der Landeshauptstadt Potsdam

Herr Dr. Wegewitz eröffnet den Tagesordnungspunkt und übergibt Herrn Exner das Wort. Herr Exner stellt mithilfe einer Power-Point-Präsentation die aktuelle Haushaltslage vor. Hierbei geht er besonders auf die veröffentlichte Pressemitteilung des Landes Brandenburgs zur Steuerschätzung ein. Er verweist auf den kommenden Tagesordnungspunkt 4.3 „Strategischer Eckwertebeschluss für die Planung des Doppelhaushaltes 2020/2021 und die mittelfristige Finanzplanung 2022 bis 2024“ und den dann folgenden Ausführungen dazu. Herr Exner beantwortet Fragen aus dem Gremium. Herr Dr. Wegewitz dankt Herrn Exner und schließt den Tagesordnungspunkt.

zu 4 Überweisungen aus der Stadtverordnetenversammlung

zu 4.1 Wettbewerb 'Kunst im Kreisverkehr'

Vorlage: 19/SVV/0809

Einreicher: Kathleen Krause, Ortsvorsteherin Golm
FA, KA

Der Ausschussvorsitzende eröffnet den Tagesordnungspunkt und übergibt als erstes Frau Krause (Ortsvorsteherin Golm) das Wort. Er verweist darauf, dass die letzte Sitzung des Ausschusses für Finanzen festgelegt hatte, Frau Krause einzuladen und die Möglichkeit zu geben umfangreichere Informationen zu dem vorliegenden Antrag zu bekommen.

Frau Krause erläutert, dass Kunst und Kultur bislang wenig für das Golmer Ortsbild genutzt wurde, obwohl einige Künstler in Golm wohnhaft sind. Weiter erklärt sie, dass insgesamt zwei Kreisverkehre für den beabsichtigten Wettbewerb in Frage kommen. Es soll ausgeschrieben werden, wie Kreisverkehre gestaltet werden können, konkrete Details sollen mit dem Fachbereich 24 der Stadtverwaltung beratend abgesprochen werden. Der Wettbewerb soll weiter von einer Expertenjury begleitet werden. Die zur Verfügung stehenden Haushaltsmittel des Ortsbeirates Golm sollen für die Preisgelder genutzt werden. Bei dem Antrag geht es somit um die finanzielle Unterstützung des Aufrufes und die Begleitung des Wettbewerbes. Der Bedarf des finanziellen Rahmens ist derzeit nicht bekannt.

Herr Exner führt aus, dass Kunstobjekte in sehr unterschiedlichen Preiskategorien zu erwerben sind, daher sollte ein entsprechender Rahmen für die Ausschreibung bedacht werden.

Herrn Berlin fehlt eine Konzeption. Soll es sich hierbei um professionelle Kunst handeln, ist eine Brandenburg weite Ausschreibung geplant, oder in einem größerer Rahmen oder kleineren Rahmen.

Frau Dr. Zalfen erwähnt die rechtlichen Vergabebedingungen bei kulturpolitischen

Sachverhalten.

Herr Anger argumentiert, dass der Ausschuss für Finanzen dem Antrag nicht zustimmen kann, wenn keine finanziellen Auswirkungen bekannt sind.

Herr Zimmermann erläutert, dass er vor einigen Jahren einen ähnlichen Wettbewerb begleitet hat. Er schätzt, dass inkl. des Preisgeldes eine Summe von knapp 70.000 EUR bedacht werden sollte. Der Ortsbeirat benötigt für die weiteren Schritte professionelle Hilfestellungen.

Herr Döschel fragt nach den zugesagten Zahlen, die Frau Aubel zu den finanziellen Auswirkungen liefern wollte. Des Weiteren gibt er zu bedenken, ob die Kreisverkehre die richtigen Zielobjekte seien, bei ausschließlichem Autoverkehr.

Frau Dr. Seemann erwidert, dass sich die Kosten nach der Konzeption des Wettbewerbes richten. Es gibt da eine Spannweite von-bis. Hier sollte eine gemeinsame Kalkulation stattfinden. Auch der Beirat für Kunst im Öffentlichen Raum könnte zu Rate gezogen werden.

Frau Krause führt aus, dass ein Gedanke für die Reichweite der Ausschreibung war, dass es auf Golm selbst beschränkt wird. Die Kreisverkehre werden täglich auch von Fußgängern und Radfahrern genutzt.

Frau Dr. Günther stellt die Fragen, wer der Erwerber der Kunstgegenstände wird – die Landeshauptstadt Potsdam oder der Ortsbeirat. Ebenso stellt sie in Frage, ob nicht auch bestehende Kunstobjekte aus den Depots verwendet werden kann.

Frau Bartelt führt ebenfalls aus, dass eine Beschlussfassung ohne ein Preisschild nicht möglich erscheint.

Herr Zeller unterstützt den Antrag insofern, dass der Ansatz des Ortsbeirates zu würdigen sei und er bei einer weiteren Ausgestaltung der Konzeption nicht alleine gelassen werden soll. Er stellt den Antrag zur Geschäftsordnung, den Antrag zurückzustellen und durch den Antragsteller ihn weiter qualifizieren zu lassen. Zu dem Antrag zur Geschäftsordnung erhebt sich keine Für- oder Gegen-Rede. Somit wird der Antrag zur Abstimmung gestellt. Dieser wird mehrheitlich angenommen. Herr Dr. Wegewitz schließt den Tagesordnungspunkt.

Abstimmungsergebnis:

Zustimmung:	8
Ablehnung:	0
Stimmenthaltung:	1

zu 4.2 Potsdamer Kunst ans Licht

Vorlage: 19/SVV/1159

Einreicher: Fraktionen DIE LINKE, SPD

Herr Dr. Wegewitz eröffnet den Tagesordnungspunkt und übergibt Frau Dr.

Seemann das Wort. Sie führt aus, dass es sich bei dem Antrag um die Realisierung einer Machbarkeitsstudie handelt, die einer räumliche Erweiterung des Potsdam Museums für die dauerhafte Ausstellung von Kunstwerken prüfen soll. Der Fachbereich 24 befürwortet die Erstellung der Machbarkeitsstudie.

Herr Dr. Wegewitz fragt nach, wie eine Erstellung einer Machbarkeitsstudie keine finanziellen Auswirkungen haben kann. Frau Dr. Seemann erwidert, dass die Realisierung aus bestehenden Haushaltsmitteln gespeist wird.

Herr Exner sieht die tatsächliche Realisierung eines Erweiterungsbaus für die nächsten Jahre äußerst kritisch. Es handelt sich um investive Haushaltsmittel, die für einen ausschließlich freiwilligen Bereich genutzt werden sollen. Er fragt sich, ob der Ressourcenaufwand bei diesem Vorwissen wirklich notwendig sei. Er verweist auf die Vielzahl von freiwilligen Sachen, die um einen begrenzten finanziellen Rahmen untereinander konkurrieren.

Herr Dörschel unterstreicht den Wunsch, erst einmal zu ermitteln, ob ein Anbau machbar und dann ggf. unterstützenswert ist. Er macht deutlich, dass der Konzeptansatz und Themenschwerpunkt sehr wichtig seien. Ist neben einem Museum Barberini ein weiteres Kunstmuseum sinnvoll? Die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen beantragt, den Satzteil „um Schlüsselwerke der städtischen Kunstsammlung dauerhaft zu präsentieren“ zu streichen. Somit soll eine Öffnung für die Nutzung des Anbaus verwirklicht werden.

Herr Berlin sieht die Aussagen von Herrn Exner kritisch. Genau das solle doch eine Machbarkeitsstudie bewirken, aufzuzeigen welche konkreten Voraussetzungen vorgehalten werden müssen, um einen Anbau zu realisieren.

Frau Dr. Zalfen betont, dass die Finanzperspektive keine Blackbox sein solle. Es könnte durch die Machbarkeitsstudie die Ausgestaltung näher betrachtet werden. Ebenso ergeben sich vielleicht in der Zwischenzeit auch Varianten von Fördermitteln, die in Anspruch genommen werden könnten bzw. wird durch die Studie deutlicher, welche Fördermittel in Betracht genommen werden können.

Herr Zeller unterstützt ebenso die Machbarkeitsstudie.

Herr Dr. Wegewitz blickt auf die bevorstehenden Haushaltsdiskussionen und schlägt vor, dass die Thematik in einen haushaltsbegleitenden Antrag münden könnte.

Herr Berlin erwidert, dass es doch aus der Verwaltung heraus stemmbar ist, es muss somit keine externe Hilfe in Anspruch genommen werden.

Frau Dr. Seemann ergänzt, dass eine externe Beratung notwendig sei für die beratenden Architekten und den weiteren externen Sachverstand.

Herr Exner unterbreitet den Vorschlag, den Antrag einmal zurückzustellen, um eine Ermittlung herzustellen, über was überhaupt geredet wird und ob investive Mittel für die Studie erforderlich sind. Eine Quantifizierung des Antrages ist erforderlich.

Herr Zimmermann unterstützt die Ausführungen von Herrn Exner.

Herr Dr. Wegewitz stellt den weitest gehenden Antrag zur Abstimmung. Dies ist der Antrag von Herrn Exner bzgl. der einmaligen Zurückstellung. Es gibt keine

Für- oder Gegen-Rede. Dem Antrag wird mehrheitlich zugestimmt. Dementsprechend schließt Herr Dr. Wegewitz den Tagesordnungspunkt.

Abstimmungsergebnis:

Zustimmung: 5
Ablehnung: 4
Stimmenthaltung: 0

zu 4.3 Strategischer Eckwertebeschluss für die Planung des Doppelhaushaltes 2020/2021 und die mittelfristige Finanzplanung 2022 bis 2024

Vorlage: 19/SVV/1174

Einreicher: Oberbürgermeister, Geschäftsstelle 103

Herr Dr. Wegewitz eröffnet den Tagesordnungspunkt und übergibt Herrn Exner das Wort. Herr Exner führt zum Tagesordnungspunkt mit Hilfe einer Power-Point-Präsentation aus.

Bei der Vorlage handelt es sich noch nicht um einen Haushaltsentwurf, sondern um die Vorgaben über den Aufstellungsprozess. Er unterstreicht in seinen Ausführungen die bis dato noch nie so hohe Ausgangsposition. Ebenso betont er, dass trotz der erheblichen Niveausteigerung nicht alle Wünsche erfüllt und umgesetzt werden können. Eine Priorisierung und Fokussierung auf strategische Kernthemen ist somit unabdingbar. Der vorliegenden Drucksache liegen die aus dem Leitbild der Landeshauptstadt Potsdam entwickelten Gesamtstädtischen Ziele, der finanzwirtschaftliche Gesamtrahmen sowie die Eckwerte als Orientierungsrahmen („Leitplanken“) für die Haushaltsplanaufstellung zugrunde. Die fünf Zielfelder der Landeshauptstadt Potsdam wurden definiert unter „Die LHP als attraktiver Arbeitgeber und Dienstleister“, „Umweltgerechte Mobilität“, „Bezahlbares Wohnen und nachhaltige Quartiersentwicklung“, „Moderne Bildungsinfrastruktur“ sowie „Konzeptionierung, Entwicklung und Erstellung einer 10-Jahres-Investitionsplanung für die LHP“.

Herr Exner verweist auf die Rahmenvorgaben nach der Brandenburgischen Kommunalverfassung, deren Leitgedanke, die Sicherstellung der dauerhaften Leistungsfähigkeit der LHP (§ 63 BbgKVerf) ist, d.h. einen „gesunden“, genehmigungsfreien Haushalt aufzustellen. In seinem Vortrag berichtet er weiter über den beabsichtigten Prozessablauf und die entscheidenden Determinanten, die zu einem „gesunden“ Haushalt führen. Er ergänzt, dass der Potsdamer Haushalt keine „Schwarze Null“ vorhält, sondern lediglich eine ausgeglichene Ergebnislinie darstellt.

Den Mitgliedern des Ausschusses für Finanzen liegen zur Sitzung ein Beitrag in Form von Fragen des Bürgerbündnisses vor, auf die sich Herr Exner in seinen Ausführungen zur Steuerprognose bezieht. Anders als in dem Beitrag des Bürgerbündnisses beschrieben, liegen keine Finanzierungslücken vor.

Herr Exner wiederholt an dieser Stelle, dass eine sehr komfortable Ausgangssituation vorliegt, die aber nicht vollends auskömmlich sein wird. Nach Beschluss dieser Vorlage zu den Eckwerten wird dann in die Feinplanung des Haushaltes gegangen. Bei Nichtvorliegen eines positiven Beschlusses nach der

Stadtverordnetenversammlung am 04.12.2019 wird sich die vorläufige Haushaltsführung bis in den Herbst 2020 hineinziehen. Das wiederum bedeutet, dass nur diejenigen Sachverhalte finanziert werden können, bei denen eine Rechtspflicht besteht.

Herr Berlin fragt nach, warum ein späterer Beschluss der Eckwerte nicht trotzdem einen Beschluss des Haushaltes vor der Sommerpause 2020 zur Folge haben kann. Herr Exner führt dazu aus, welche technischen Arbeitsschritte im Hintergrund von dem Beschluss abhängig sind und zeigt so eine Zeitschiene auf, die einen realistischen Haushaltsbeschluss vor der Sommerpause nicht denkbar erscheinen lässt.

Herr Dörschel stellt die Aussage in Frage, dass es sich wirklich nur um Eckwerte handle und nicht bereits bestimmte Vorhaben durch die Verwaltung hinterlegt worden sind. Anders seien die Aussagen in anderen Ausschüssen durch andere Beigeordnete nicht zu verstehen. Warum wird es nicht transparent gezeigt, wenn die Vorüberlegungen vorhanden sind. Aus seiner Sicht ist die Vorlage nur beschlussfähig, wenn die Tabelle 2 aus der Vorlage herausgenommen wird.

Herr Wobeto stellt die Frage, ob man nicht generell sehr spät dran sei mit der Haushaltsaufstellung, da es keinen Beschluss zum 01.01.2020 geben wird. Herr Exner erwidert, dass dies bundesweit übliche Praxis ist, nicht zum Stichtag bereits den Beschluss vorliegen zu haben.

Herr Dr. Bauer bringt den Änderungsantrag der Fraktion DIE aNDERE ein und erläutert die Hintergründe.

Herr Berlin möchte zudem von Herrn Exner wissen, inwieweit Personalstellen hinterlegt wurden. Herr Exner führt aus, dass der aktuelle Stand der Personalkostenplanung mit einbezogen wurde. Es werden 131 neue Stellen dazu kommen. Herr Dörschel hinterfragt, ob diese Stellen bereits konkret zugeordnet sind. Herr Exner zeigt auf, dass 31 Stellen für die neuzuschaffenden kommunalen Kitas benötigt werden, weitere 28 Stellen sind aus den Diskussionen zur Nachtragssatzung 2019 belegt. Der verbleibende Rest ist noch nicht weiter verteilt worden.

Herr Zimmermann bringt einen Änderungsantrag ein und erläutert diesen.

Frau Dr. Zalfen zeigt Verständnis für sogenanntes Politikdenken, wenn in den Berichten Sätze enthalten sind, die dieses konkret anteuern. Daher fragt sie nach, was daran strategisch ist, wenn typisch pflichtige und notwendige Fachbereichsthemen den Rahmen vorgeben und wie viel davon bereits abgedeckt ist. Findet sich die Kooperationsvereinbarung in den Vorhaben wieder? Was stellt man sich unter der 10-jährigen Planung vor? Herr Exner antwortet mit einem Verweis auf die Stadt Köln, diese haben das DIFU als Partner für eine Tragfähigkeitsanalyse ausgewählt.

Frau Dr. Günther verweist auf die noch ausstehende Beratungsfolge der anderen Ausschüsse. Sie stellt die Fragen, wo die Unterscheidung zu den freiwilligen Leistungen stattfindet, was freiwillig und was pflichtig sei. Können Fachbereiche selbst Rücklagen bilden, gibt es Zielvereinbarungen? Was genau soll am 23.11.2019 zum angesetzten Strategietag besprochen werden und können dort auch weitere Fraktionsmitglieder an dem Termin teilnehmen?

Herr Exner erklärt, dass zum Investieren auch eine vorherige Konsolidierung gehört. Auch eine Aufgabenkritik wird immer wichtiger.

Herr Dr. Wegewitz erläutert das Vorhaben des Strategietages am 23.11.2019. Auf Grund der bestehenden Diskussionslage im Ausschuss erläutert er ebenfalls, dass eine bloße Kenntnisnahme nicht möglich ist. Eine Kenntnisnahme wäre gleichbedeutend mit einer Zurückstellung.

Frau Dr. Günther sieht auf Grund der Gemengelage weitere Änderungsanträge aus den Fraktionen kommen, daher macht es aus ihrer Sicht keinen Sinn bereits jetzt im Ausschuss für Finanzen einen Beschluss zu fassen. Infolgedessen überlegen die Ausschussteilnehmer wie sie weiter verfahren können. Herr Dörschel bringt den Vorschlag ein, eine Fortsetzung der Diskussion des Tagesordnungspunktes vor der nächsten Stadtverordnetenversammlung durchzuführen.

Herr Dr. Wegewitz fasst die bestehenden drei Anträge zusammen, die während der Diskussion eingebracht worden sind. Die Änderungsanträge der Fraktion DIE aNDERE und Herrn Zimmermann sowie der Vorschlag von Herrn Dörschel die Ausschusssitzung vor der Stadtverordnetenversammlung am 03.12.2019 fortzusetzen.

Frau Strobel erläutert noch einmal detailliert den bisherigen Werdegang der vorliegenden Drucksache, um hierzu Fragen auszuräumen und Transparenz zu schaffen.

Herr Dr. Wegewitz schlägt zur Fortsetzung der Diskussion des Tagesordnungspunktes den Dienstag, 03.12.2019, 18 Uhr vor. Dazu gibt es keine Gegenrede.

zu 4.4 Ausbau des ÖPNV im Haushalt absichern Vorlage: 19/SVV/1078

Einreicher: Fraktion CDU

Herr Dr. Wegewitz eröffnet den Tagesordnungspunkt und übergibt Herrn Exner das Wort. Herr Exner bittet darum diese Fragestellungen zu formulieren, wenn ein Investitionsprogramm vorhanden ist. Der Trend ist eindeutig, die Stadt muss mehr machen als bisher. Daher schlägt er weiterhin vor, die Vorlage zurückzustellen.

Herr Anger erläutert, dass es seiner Fraktion um das Gesamtbild geht, ob das alles finanzierbar ist. Er könnte sich vorstellen den Berichtstermin „Ende Januar 2020“ zu ändern.

Herr Dörschel schlägt vor die Formulierung „Status Quo zumindest zu erhalten“ zu streichen. Welcher Ausbaustandard tatsächlich gemeint ist, ist auch nicht

eindeutig lesbar. Er fordert die Qualifizierung des Antrages und somit die Zurückstellung.

Herr Dr. Bauer findet den gesamten Antrag überflüssig, da keinem mit der Beibehaltung des Status Quo geholfen ist.

Frau Dr. Zalfen sagt, der Aufwand der intensiven Planungen ist an der Stelle nicht gerechtfertigt. Man fordere hier von der Verwaltung eine doppelt bis dreifache Arbeit, das ist kein gutes Verhältnis.

Herr Dr. Wegewitz lässt über den Antrag abstimmen. Dieser wird mehrheitlich abgelehnt. Der Tagesordnungspunkt wird geschlossen.

Der Ausschuss für Finanzen empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung dem Antrag nicht zuzustimmen:

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Der Oberbürgermeister wird beauftragt, die zu erwartenden Investitionskosten für Fahrzeuge, Infrastruktur, Logistik, Betrieb und Management in der laufenden Haushaltsaufstellung sowie der mittel- und langfristigen Finanzplanung mit der Zielstellung, den Status quo zumindest zu erhalten, aufzunehmen.

Den Ausschüssen für Klima, Umwelt und Mobilität sowie dem Finanzausschuss ist bis Ende Januar 2020 der Mittelbedarf sowie deren Absicherung bzw. gegebenenfalls zu erwartende Finanzierungsprobleme vorzutragen.

Abstimmungsergebnis:

Zustimmung:	1
Ablehnung:	6
Stimmenthaltung:	2

zu 4.5 1. Änderungssatzung zur Straßenreinigungs- und Winterdienstsatzung der Landeshauptstadt Potsdam

Vorlage: 19/SVV/1176

Einreicher: Oberbürgermeister, Fachbereich Grün- und Verkehrsflächen

Herr Dr. Wegewitz eröffnet den Tagesordnungspunkt und übergibt Frau Kosel das Wort. Frau Kosel stellt die Drucksache vor und erläutert das Verfahren. Auf Nachfrage erläutert sie weiterhin, dass die Stadt natürlich einen relativ hohen Eigenanteil zu tragen hat, da die Stadt über eine Vielzahl an Reinigungsflächen (Plätze etc.) verfügt.

Frau Dr. Günther fragt nach, ob sich seit Einführung des Online Portals „Maerker“ eine höhere Frequenz der Rückmeldungen ergeben habe. Frau Kosel antwortet, dass durch diese Möglichkeit viele Informationen hineinkommen, die v.a. über das Nichtnachkommen von Anliegerpflichten berichten.

Da kein weiterer Diskussionsbedarf besteht, stellt Herr Dr. Wegewitz die Vorlage zur Abstimmung. Diese wird einstimmig angenommen. Herr Dr. Wegewitz dankt Frau Kosel für ihre Ausführungen und schließt den Tagesordnungspunkt.

Der Ausschuss für Finanzen empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung wie folgt zu beschließen:

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

1. Änderungssatzung zur Straßenreinigungs- und Winterdienstsatzung der Landeshauptstadt Potsdam einschließlich der Anlage „Straßenverzeichnis“

Abstimmungsergebnis:

Zustimmung:	9
Ablehnung:	0
Stimmenthaltung:	0

zu 5 Mitteilungen der Verwaltung

Herr Dr. Wegewitz eröffnet den Tagesordnungspunkt. Es gibt keine Mitteilungen der Verwaltung. Der Tagesordnungspunkt wird somit wieder geschlossen.